

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

20.4.1921 (No. 91)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Verlagspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerübernahme und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitslosigkeit hat sich zwar örtlich dadurch etwas vermindert, daß Bauarbeiter und ungelernete Arbeiter infolge der augenblicklichen Belebung des Baumarktes Arbeitsgelegenheit fanden; andererseits sind aber wiederum erhebliche Betriebsbeschränkungen eingetreten, so daß sich für das Land insgesamt eine Zunahme der unterstützten Erwerbslosen von 4349 auf 4378 ergab. Die Summe der für sie ausgewanderten Unterzählungen belief sich auf 334 677,17 M. Kurzarbeiterzulagen wurden an 615 Männer und 122 Frauen in Höhe von insgesamt 42 164,55 M. gewährt. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat in gleicher Weise wie in der Vorwoche zugenommen und beträgt nunmehr 3332.

In der Landwirtschaft zeigte sich keine erhebliche Veränderung, Feld- und Hausmägde, Burschen und Knechte, die mellen können, sind nach wie vor gesucht.

In der Industrie der Steine und Erden besteht noch immer ein gewisser Mangel an Steinbrechern, namentlich aber an Ziegeleiarbeitern.

Die Metall- und Maschinenindustrie leidet unter Mangel an Aufträgen; gesucht sind in der Hauptsache nur Schlosser und einige Spezialarbeiter, denen eine große Zahl arbeitsloser Schlosser (insbesondere Maschinenmacher, Mechaniker und Blechler gegenübersteht. In der bisher noch gut beschäftigten Uhrenindustrie ist eine Stodung eingetreten, die als eine Auswirkung der Ententezollpolitik anzusehen ist. Zollschwierigkeiten lassen auch für die nächste Zeit keine Besserung im Beschäftigung der Wappzeimer Schmutzwarenindustrie erhoffen.

In der Freiburger Textilindustrie sind wegen Lohnunterschieden 700 Arbeiter in den Streik getreten.

Der Beschäftigungsgrad im Holz- und Schnitstoffgewerbe ist im allgemeinen gering.

Im Bekleidungs-gewerbe besteht eine geringe Nachfrage nach Schneidern, jedoch so gut wie keine nach Schuhmachern. Die Hutindustrie wies einigen Bedarf an Arbeitskräften auf; hingegen war die Nachfrage nach Friseurinnen immer noch nicht so groß wie das Angebot an Arbeitskräften.

Mit der günstigeren Jahreszeit hat sich die Lage im Baugewerbe etwas gebessert, gesucht waren insbesondere Bruchsteinmauerer, dann auch Gipser und Zimmerleute.

Im Verbleibungs-gewerbe ist das Verhältnis der Arbeitsfindenden zu den offenen Stellen ungünstig, nur ganz vereinzelt wurden Arbeitskräfte angefordert. Der Bedarf an kaufmännischem und technischem Personal war noch geringer als in der Vorwoche.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ist die Lage für männliche Stellenfindende im allgemeinen ungünstig, während für weibliches Personal mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Allerdings wird von einzelnen Plätzen auch ein Überangebot von weiblichem Hotelpersonal gemeldet. Der Bedarf an häuslichen Dienstmägden hingegen hält unermindert an.

Betriebsbeschränkungen:

Infolge Arbeitsmangels mußten ein Düngerverk und infolge Absatzschwierigkeiten eine Habernfortieranstalt mit zusammen 56 Arbeitskräften (darunter 17 Frauen) geschlossen werden.

Betriebsbeschränkungen:

Infolge Mangels an Aufträgen wurden 4 Betriebe eingeschränkt, wovon 250 männliche und 50 weibliche Arbeitskräfte betroffen sind. In 184 Wappzeimer Schmutzwarenfabriken können z. B. 2900 Männer und 3400 Frauen nur bei Arbeitszeiterkürzung beschäftigt werden.

Die Teuerungszahlen (Indexziffern) in kritischer Beleuchtung.

Von einem Volkswirt wird uns geschrieben:

Nach der erstmaligen Probeerhebung im Dezember 1919 werden bekanntlich seit Februar vorigen Jahres in allen deutschen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern jeden Monat besondere Erhebungen bezüglich der Teuerungszahlen vorgenommen. Zugrunde gelegt ist ein nach Art und Menge festgelegter Kreis wichtiger Lebensbedürfnisse für eine fünf-köpfige Familie, wobei außer den Kosten für verschiedene Nahrungsmittel der Aufwand für Heizstoffe und Leuchtmittel sowie der monatliche Mietpreis einer Wohnung mit 2 Zimmern und Küche eingerechnet werden. Das Material wird von den örtlichen Behörden geliefert; die statistischen Landesämter berechnen alsdann die Teuerungszahlen, während dem Statistischen Reichsamt nur deren Veröffentlichung bezug, die Berechnung der Durchschnittsziffer obliegt.

Die Teuerungszahl bezieht sich nun den Kostenbetrag, der für die einbezogenen Lebensbedürfnisse von einer fünf-köpfigen Familie monatlich aufzuwenden ist. Da indessen einerseits die Ausgabegruppen Bekleidung und Sonstiges überhaupt nicht berücksichtigt sind, andererseits die übrigen Gruppen Nahrungs- und Genussmittel, Heizung, und Beleuchtung, und Wohnung nicht alle Ge- und Verbrauchs-artikel umfassen, stellen diese Teuerungszahlen keineswegs

das Existenzminimum — wie vielfach angenommen wird — dar. Infolgedessen kann an diesen Zahlen von vorn-herin nur die Entwicklungstendenz allenthalben abgelesen werden. Doch auch diese wird von den Teuerungszahlen nicht exakt wiedergegeben, da eben Web-, Wirk-, Strickwaren, Schuhwaren, Haushaltungsgegenstände, Ausgaben für Verkehr, Körper- und Gesundheitspflege, usw. fehlen. So liegen also — schon rein methodologisch — nur partielle Berechnungen vor, die keine zwingenden Schlüsse ermöglichen.

Da nunmehr die Ergebnisse für 15 Monate bekannt sind, dürfte u. a. ein Vergleich der Teuerungszahlen der größeren badischen Städte nicht ohne Interesse sein, wobei wir allerdings von dem Abdruck der entsprechenden Tabelle mit Rücksicht auf den Raum absehen müssen.

Die Betrachtung der Maxima und Minima ergibt, daß zufolge dieser Teuerungszahlen als teuerste badische Stadt bald Mannheim, bald Karlsruhe, bald Geldersberg, bald Pforzheim, bald Baden, bald Singen, usw. erscheint; die billigste Stadt ist bald Singen, bald Durlach, bald Konstanz, bald Laßfurt, bald Lahr, bald Weinheim, bald Lörrach usw. Höchst seltsam ist die Tatsache, daß im August 1920 Singen die höchste Teuerungszahl in Baden aufzuweisen hat, während in den Monaten Februar, April und November 1920 Singen jeweils die niedrigste Teuerungszahl besitzt! Mannheim steht bald an erster, bald an zweiter, dritter, vierter, fünfter, sechster usw. Stelle; ähnliche Verschiebungen liegen bei den andern Städten vor.

Schon diese Gegenüberstellungen dürften unsere obige Mahnung zur Vorsicht erhärten. Zu den bereits angeführten einschränkenden Bemerkungen kommen aber nun noch weitere. Einmal entsteht durch die Zahlungswirtschaft bezug, die behördliche Versorgungsregelung ein verzerrtes Bild bezüglich des Teuerungszahlen in den einzelnen Gemeinden; so sei nur darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltung Mannheim bis vor kurzem den Kartoffelpreis absichtlich relativ niedrig hielt, indem sie bei jedem Zentner Kartoffeln mehrere Mark zulegte; derartige Maßnahmen haben dann niedrige Teuerungszahlen zur Folge, und so wäre denn auch nach diesen Teuerungszahlen Mannheim billiger als z. B. München, was offensichtlich ein Unbeing ist.

Zum andern ist der Kreis der einbezogenen Gemüsesorten vom Statistischen Reichsamt nicht genau umschrieben; die Folge ist, daß in den einzelnen Gemeinden die verschiedensten Gemüsesorten herangezogen werden; die einen nehmen bisweilen teurere (ausländische) Gemüsesorten, die andern sehen zur gleichen Zeit die Preise für billigere Gemüsesorten in das Erhebungsformular ein; daß infolge dieser auseinandergehenden Auffassungen der Wert der Teuerungszahlen stark herabgedrückt wird, liegt auf der Hand. Ferner dürfte eine einwandfreie Ermittlung der durchschnittlichen Mietpreise ganz ausgeschlossen sein; es muß mehr oder weniger zu Schätzungen gezwungen werden. Weiter liegen in der Preisstatistik selbst mehrere gewichtige Fehlerquellen; es ist — mit Grund — anzunehmen, daß die Erhebungsmethode nicht überall dieselbe ist; in manchen Gemeinden scheint es sogar an geeigneten Organen zu fehlen. Voraussetzung für einigermaßen brauchbare Ergebnisse ist aber eine gewissenhafte und zuverlässige Preisstatistik.

Nach alledem können die bisherigen Teuerungszahlen nicht als einwandfrei bezeichnet werden; und deshalb dürfen auch diese Zahlen für praktische Zwecke, wie etwa Lohn- und Gehaltsbemessung, Ortsklasseneinreihung usw., keine entscheidende Rolle spielen. Erst später, wenn die behördliche Versorgungsregelung vollends gefallen ist und die Preisermittlungen zuverlässiger vorgenommen werden, kann diesen Teuerungszahlen eine höhere Bewertung zuerkannt werden. Hierzu ist aber dann in erster Linie eine gewissenhafte Ausfüllung der Formulare seitens der zuständigen örtlichen Stellen unbedingt erforderlich, was zurzeit bisweilen leider nicht der Fall zu sein scheint; verschiedene Gemeinden haben nämlich vermutlich absichtlich hohe Preise eingeseht, um dadurch in eine höhere Ortsklasse eingestuft zu werden! Wenn dieses Gebahren nicht aufhört, wird diese ganze Teuerungszahlstatistik vollständig wertlos.

Es sei infolgedessen besonders darauf aufmerksam gemacht, daß eine kritische Gegenüberstellung und ein lokaler wie interlokaler exakter Vergleich der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Teuerungszahlen unzulässig ist, da die Unterlagen und die Berechnungen dieser Reisziffern noch zu viele Fehlerquellen enthalten.

Schließlich sei festgestellt, daß diese Teuerungszahlen infolge der erwähnten Unzulänglichkeiten weder die Höhe des Preisniveaus darstellen, noch den Stand und die Bewegung der Lebenshaltungskosten richtig wiedergeben. Und wenn das Statistische Reichsamt mittelt, die auf Grund der Teuerungszahlen von 46 Gemeinden

berechnete Reichs-Indexziffer für die Steigerung der Lebenshaltungskosten belaufe sich für den Monat März d. J. auf 101, sofern man die für 1913/14 ermittelte Teuerungszahl gleich 100 setze, so darf davon nicht etwa die Behauptung abgeleitet werden, die gesamten Kosten der Lebenshaltung würden gegenüber der Vorkriegszeit das Neunfache betragen. Denn einerseits enthalten diese Teuerungszahlen wohl die zwangsläufig niedrig gehaltenen Brot-, Milch-, Butter-, Mietpreise usw., zu andern fehlen aber die Preise für Web-, Wirk-, Strickwaren, Schuhwaren, Schuhreparaturen, Haushaltungsgegenstände usw., die durchweg um mehr als das Neunfache gestiegen sind.

Die Teuerungszahlen sind deshalb zu niedrig, und es wäre angebracht gewesen, wenn das Statistische Reichsamt die — übrigens erstmals für März d. J. berechnete — Reichs-Indexziffer als Indexziffer ausdrücklich charakterisiert hätte, dann wäre manches Mißverständnis von vornherein nicht aufgetreten.

Wie zahle ich meine Einkommensteuer?

V. Werbungskosten und Dienstaufwand.

Im zweiten Abschnitt wurde der Begriff der Werbungskosten kurz erörtert und festgestellt, daß unter Werbungskosten diejenigen Mehrausgaben zu verstehen sind, die zur Erwerbung, Erhaltung und Sicherung eines Einkommens aufgewendet werden müssen. Nicht nur der ein selbständiges Gewerbe ausübende, sondern auch der in einem abhängigen Dienstverhältnis stehende Steuerpflichtige, der Festbedienstete, Beamte, Angestellte und Arbeiter, kann unter Umständen Werbungskosten für sich geltend machen.

In erster Linie fallen unter Werbungskosten Mehrausgaben für Arbeitskleidung, Arbeitsgerät und Fahrgehalt.

Was die Arbeitskleidung anlangt, so ist hier zu beachten, daß unter den Begriff der Werbungskosten nur die über den normalen Bedarf hinausgehenden Anschaffungen für Arbeitskleidung fallen, z. B. die Kleidung der Berg- und Hüttenarbeiter, die unter Tage, im Wasser oder im Hochosen arbeiten; ferner der Mantel des Friseurs, die Kellnerjacke, der Arbeitsmantel und die Schuhhandschuhe des Chemikers und Ingenieurs. Unter den Begriff der Werbungskosten fallen auch die Mehrausgaben, die einem Schauspieler für seine Garderobe erwachsen.

Unter Arbeitsgerät dürfen in der Hauptsache die Kosten der Beschaffung und Instandhaltung von Handwerkszeug zu verstehen sein, z. B. das Maurer- und Tischlerwerkzeug, das Handwerkszeug der Feinmechaniker und der Friseur. Die Fahrkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden in der Mehrzahl der Fälle als Werbungskosten anzusehen sein. Sollten sich bei Anhebung der Werbungskosten in der Veranlagung Unstimmigkeiten zwischen dem Steuerpflichtigen und der Behörde ergeben, so wird wie in allen strittigen Einkommensteuerfragen auch hier das bei jedem Finanzamt befindliche Finanzgericht das letzte Wort zu sprechen haben.

Einer besonderen Erörterung bedarf die Frage, ob und inwieweit der sogenannte Dienstaufwand zum steuerpflichtigen Einkommen zu rechnen ist. Im Einkommensteuergesetz ist diese Frage besonders geregelt. Entsprechend der Bestimmung des § 34, soll bei der Heranziehung des Arbeitseinkommens zur Einkommensteuer außer Ansatz bleiben:

„Die zur Bestreitung des Dienstaufwandes gewährte Entschädigung oder der hierzu nach ausdrücklicher Anordnung bestimmte Teil des Gehalts oder einer Zulage.“

Es besteht aber ein Unterschied zwischen den Beamten, Militärs, unmittelsbaren und mittelbaren Staatsbeamten (öffentlichen Beamten), Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten einerseits und den Privatbeamten bezw. Angestellten andererseits.

Hinsichtlich der Beamten gilt folgendes: Wenn ein ausdrücklich bestimmter, ziffernmäßig festgelegter Betrag oder ein bestimmter Teil der Besoldung als Dienstaufwand bestimmt und bewilligt ist, so bleibt dieser ausdrücklich als Dienstaufwand gekennzeichnete Betrag von der Besteuerung frei. Dem Dienstaufwand gleichgestellt sind Aufwandsentschädigungen, Fahrgehalte und Reisekosten. Auch diese sind von der Einkommensteuer befreit ohne Rücksicht darauf, ob an ihnen Ersparnisse erzielt werden oder nicht. Die Befreiung kommt auch ehrenamtlich tätigen Personen zugute, so den Mitgliedern von Einschätzungscommissionen, Geschworenen und Schöffen.

Für die Privatbeamten und Angestellten spricht das Einkommensteuergesetz eine ähnliche Befreiung aus; doch wird ausdrücklich bestimmt, daß diese Vergütung nur

dann Platz greift, wenn die Entschädigung vom Arbeitgeber für rein dienstliche Zwecke gewährt worden ist. Die festgesetzte Entschädigung darf den tatsächlichen erforderlichen Aufwand nicht überschreiten. Als Aufwendungen dieser Art kommen hauptsächlich in Betracht:

- Vergütungen für Schreibmaterial, Reisekosten, Ersatzbeträge für unvermeidliche Verluste beim Geldverkehr, Beträge, die ausdrücklich für Repräsentationskosten gewährt werden, durch den Dienst bedingte, über das persönliche Bedürfnis hinausgehende Aufwendungen für Kleidung (z. B. Mehrbetrag für Empfangskleidung eines Abteilungschefs im Warenhaus).

Liegen keine Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über zulässige Aufwandsentschädigungen vor, so können entsprechende Vereinbarungen nachträglich getroffen werden. Diese Bestimmung ist auch für Schauspieler von Wichtigkeit, deren hoher, über das normale Maß hinausgehender Gardebekleidungsbedarf bei der Veranlagung mit in Abzug zu bringen ist.

Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so kann der Arbeitnehmer die Entschädigung des für seinen Wohnsitz zuständigen Finanzamts darüber beantragen, welcher Teil der gewährten Vergütung als Arbeitslohn anzusehen ist. Die Entscheidung des Finanzamts, die in Form einer Bescheinigung erfolgt, ist bindend.

Von Wichtigkeit ist ferner bei Angestellten die Behandlung der Spesen. Bekommt ein Angestellter, z. B. ein Geschäftsreisender, außer seinem Gehalt für die Zeit seiner Reisen zur Bestreitung des Unterhalts während der Reise eine genau festgesetzte Entschädigung, so gehört diese infolge zum steuerpflichtigen Einkommen, als ein Überschuss dadurch verbleibt, daß durch die Abwesenheit des Reisenden von Hause Ersparnisse eintreten. Im allgemeinen kann man allerdings bei denjenigen Personen, die einen Familienhaushalt führen, in einem solchen Falle von einer wesentlichen Ersparnis im Haushalt kaum reden. Erfährt ein Reisender sogenannte *Vertrauensspesen*, so kann grundsätzlich von einem Überschuss keine Rede sein. Spesen sind mithin in der Regel als steuerfrei zu betrachten, weil sie, wie oben ausgeführt, fast immer vereinbart sind und zur Erledigung des dienstlichen Auftrags Verwendung finden.

Minister Hummel über die politische Lage in Baden.

In seiner Rede auf dem Freiburger Demokratischen Landesparteitag führte Anstaltsminister Hummel folgendes aus:

Die badische Politik hat in den letzten Jahren eine ruhige und stetige Entwicklung genommen. Sie zeichnet sich vor den übrigen Ländern dadurch aus, daß sie verhältnismäßig unabhängig von den großen und kleinen Schwankungen der Politik in den Ländern und im Reich. Wenn man es als ein Erfordernis der praktischen Politik betrachtet, daß die Verhältnisse, in denen sich unser staatliches Leben befindet, eine Entwicklung zum Ordnungsstaat nehmen, so können wir sagen, daß in Baden die Entwicklung zum Ordnungsstaat sich in ruhigen und sicheren Bahnen bewegt. Wir sind der Meinung, daß die Grundlage eines Ordnungsstaates nicht in dem Gleichgewicht von zwei oder mehr bis an die Zähne gegen einander bewaffneten Gruppen bestehen kann, sondern daß sich der Ordnungsstaat aufbauen muß auf dem gegenseitigen Vertrauen seiner Staatsbürger und der in ihm lebenden politischen Gruppen. Wenn man das Gefühl innerer Sicherheit und Ausgeglichenheit im Norden vielfach als verfluchte süddeutsche Schwäche bezeichnet, so werden wir uns von den Bahnen dieses ruhigen Ausgleiches nicht abbringen lassen dürfen. Die

babische Regierung hat den Versuch gemacht, den inneren Fortschritt auf der Bahn dieses ruhigen Ausgleiches zu fördern. Die Stellung der badischen Regierung ist belastet mit dem Merkmal der Koalitionspolitik. Dadurch wird die Behandlung mancher Frage erschwert. Es ergibt sich, daß eine Politik, die vom Standpunkt der Demokratischen Partei aus als rein demokratisch angesehen werden kann, auch in unserem Lande nicht geführt werden kann, und daß daher die gesetzmäßigen und verfassungsmäßigen Fragen nicht immer für uns in befriedigender Weise erledigt werden können. Alle Angelegenheiten, die auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erledigt werden sind, lassen deshalb auch bei der Demokratie ein Maß von Unzufriedenheit zurück, lassen bei uns das Gefühl zurück, daß von unserem Standpunkt bei diesen Fragen etwas unerledigt geblieben ist oder nicht unseren Wünschen entsprechend erledigt werden konnte. Dem badischen Kabinett kann man jedoch das eine zubilligen, es hat im großen und ganzen eine einheitliche Linienführung in seiner Politik befolgt. Daß sie Fehler gemacht hat und sie hat machen müssen aus der ersichtlichen Situation heraus, in der unser Land und Volk sich befindet, ist erklärlich.

Bei der Beurteilung der Steuerpolitik muß man sich daran erinnern, wie alle Gesetzesvorlagen der heutigen Regierung technisch zustande kommen und zustande kommen müssen. Ein großer Teil der Gesetze und auch die Steuererlasse mühen in Übertragung vorbereitet und erledigt werden. Nun ist aber die Zeit gekommen, in der wir in der Lage sein werden und in der wir auch verpflichtet sind, gewissenhafte und gut vorbereitete Arbeit zu machen. Wenn nun dem badischen Landtag zwei Entwürfe über Steuererlasse vorgelegt sind, so ergibt sich für die Demokratische Partei die Pflicht, zu der Methode gemeinsamer Prüfung und Arbeit auf dem Gebiete der Steuerfragen den Anstoß zu geben. Wenn die Kreise von Handel, Industrie und Gewerbe ihre Befürchtung gegenüber dieser Gesetzgebung geäußert haben, so ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diesen Kreisen Gelegenheit gegeben werden muß, zu Wort zu kommen, ihre Bedürfnisse zu äußern und ihre Ansichten zur Möglichkeit der Durchführung dieser Steuererlasse zu sagen. Es wird die Aufgabe der Demokratischen Partei sein, auch die Interessen dieser erwerbstätigen Kreise im Rahmen des Möglichen zu wahren. Wir müssen aber fest entschlossen sein, in Zukunft die Erörterung solcher steuerpolitischer Fragen nicht eher in Angriff zu nehmen, als bis jene Kreise gehört sind, auf deren Arbeit der wirtschaftliche Aufschwung des Landes beruht.

Wohl eines der wichtigsten Probleme in einem der beiden Gesetze ist die Verteilung der Schullasten zwischen Staat und Gemeinden. Es ergibt sich ohne weiteres, daß es den Gemeinden in der Zukunft außerordentlich erschwert sein wird, besonders den großen Städten, das Maß von Schullasten aufzubringen, das sie in der Vergangenheit aufgebracht haben. Schon sehen die Städte auf dem Standpunkt, daß es für sie wichtiger ist, von den Schullasten erleichtert zu werden, als ihren allen Einfluss aufrecht zu erhalten. Das badische Schulwesen hätte niemals die Entwicklung genommen, die zu der heutigen Höhe geführt hat, wenn nicht die großen Städte des Landes sich der Schulfrage in hervorragendem Maße angenommen hätten. So sehr wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Schule in Baden und im Reich eine Staatsaufgabe ist und sein muß, so sehr mühten wir bedauern, wenn sich die Städte der Schule nicht mehr so annehmen wollten, wie das bisher der Fall war. Die Demokratische Partei steht auf dem Standpunkt der Staatsaufgabe und wird daran auch in Zukunft festhalten (Lebhafter Beifall). Wir müssen als klar denkende Wirtschafts- und Finanzpolitiker, wenn wir an die Schulfrage denken, unsere Blicke doch recht befestigen in die Zukunft lenken. Fast alle Änderungen organisatorischer Natur auf dem Gebiete der Schulwesen sind im Reich den allergrößten Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht begegnet. Wenn wir an die Spitze unserer Forderungen die Forderung der Einheitschule stellen, so drohen dieser nicht nur wirtschaftliche Gefahren, sondern auch Gefahren, die auf anderen, politischen Gebieten der Weltanschauung liegen. Die Organisation der Einheitschule ist niemals in größerer Gefahr geraten als durch das Kompromiß auf der Weimarer Verfassung (Lebhafter Zustimmung). Wir haben gefordert, daß wir in Baden von den Segnungen dieses Schulkompromisses verschont bleiben. Sehr wichtig ist das Problem der Lehrerbildung. So, wie sie war, ist sie für die Zukunft in Deutschland vollständig ungenügend. Daher muß die Möglichkeit gegeben sein, die Lehrerschaft im ganzen auf die Höhe der akademischen Allgemeinbildung hinaufzuführen. Geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Durch-

führung des Reichsschulgesetzes im deutschen Reichstag bald fertig gestellt wird, um den Ländern die Möglichkeit zu geben, auf diesem Gebiete ihre gesetzgeberische Arbeit zu beginnen. Der Reichsschulsausschuss wird im Mai zusammentreten; ich hoffe, daß aus seinen Verhandlungen Früchtlbares hervorgeht. Es ist die Pflicht der Demokratie, sich gerade in Schulfragen nicht auf den Boden von Kompromissen zu begeben. Unten am Beginn der Bildung stehen die Fragen der Volksschule und oben die der Hochschulen und der Universitäten. Die Deutsche Demokratische Partei darf viel weniger als die übrigen an der Lage mit geschlossenen Augen vorübergehen, in der die Träger der Wissenschaft heute sich befinden. Die schwersten Gefahren drohen uns durch die wirtschaftliche Notlage, in der sich die Träger des deutschen Geisteslebens, die Lehrer an den deutschen Hochschulen befinden. Es ist unsere vornehmste Aufgabe, hier nach Möglichkeit zu helfen. Wir müssen auch an die wirtschaftliche Lage der deutschen Studenten denken. Sie sind genötigt, unter den schwersten wirtschaftlichen Verhältnissen, unter Druck und Not ihre Studien zu beenden. Wir dürfen es nicht bei den warmen Gefühlen bewenden lassen, sondern wir müssen praktisch zugreifen und es so der deutschen Studentenschaft ermöglichen, diese schwere Zeit durchzuhalten. Wir müssen das tun, trotzdem uns der Gegensatz zwischen Unberührt und demokratischer Politik täglich vor die Augen tritt. Unsere Pflicht kann nur sein, für die freie Betätigung der deutschen Wissenschaft zu sorgen; darin dürfen wir uns durch nichts beirren lassen.

Der badische Staat und die badische Regierung haben gezeigt, daß sie stark genug sind, und daß sie gewillt sind, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die staatlichen Organe werden stark genug sein, jeder Störung der öffentlichen Ordnung mit Wirksamkeit zu begegnen. Baden hat auch in der Republik sein traditionelles Verhalten zur Reichspolitik konsequent fortgesetzt. Wir haben die badische Politik immer untergeordnet unter die Notwendigkeiten des Deutschen Reiches. Wir sind als verantwortliche Leiter der badischen Politik auf dem Standpunkt gestanden, daß die vornehmste Aufgabe der Länder darin bestehe, die Aufrechterhaltung der Reichseinheit für alle Zeiten zu garantieren. Daher kann es nicht so weiter gehen, daß die Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern sich in den Formen und vor der Öffentlichkeit abspielt, wie wir das in der letzten Zeit gesehen haben. Die Beziehungen der Länder und des Reiches müssen freundlicher und vertraulicher sein (Beifall).

Nun noch kurz einen Rückblick auf die Parteien. Viel bedeutsamer als die Stärkung der Stellung der Sozialdemokratie ist die Stärkung der Stellung der Zentrumspartei in den Ländern und im Reich. Die Dinge sind heute so, daß in den Ländern und im Reich das Zentrum die primär entscheidende Stellung gewonnen hat. Wir dürfen nicht verneinen, daß das Zentrum im Reich und in den Ländern eine höchst maßvolle Politik getrieben und Rückstuf genommen hat auf die politische Konstellation, in der es sich befindet. Auch mir hat das Zentrum die Stellung erleichtert. Die Mehrheitssozialdemokratie hat ihre Stellung gegenüber dem Teile der Arbeiterschaft der Unabhängigen verbessert und gestärkt. Uns gegenüber ist die Sozialdemokratie im Lande draym nicht weniger als freundschaftlich gesinnt und wir haben deshalb gar keinen Anlaß, uns mit der Sozialdemokratie nicht klar und offen auseinanderzusetzen. Zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum besteht eine sehr weitgehende Verständigung. Die Hauptarbeit der Deutschnationalen Volkspartei hat sich mit denselben Fragen befaßt, aus denen sie entstanden ist und die sie hochgebracht haben. Die Deutsche Volkspartei ist in einer sehr peinlichen Situation. Sie ist im Reich in die Regierung eingetreten, tut aber in den Ländern noch so als ob sie noch in der Opposition wäre. Unsere Pflicht gegenüber dem Vaterland muß sein, unsere Partei zu erhalten, um in dem Augenblick, wo die bürgerlichen Schichten ihre Notwendigkeit wieder erkannt haben, sich dem deutschen Bürgertum zur Verfügung stellen zu können. Wenn heute weite Schichten des deutschen Bürgertums verärgert werden, so ist in erster Linie die kommunistische Dummeit dafür verantwortlich zu machen. Reich und Länder können gegen diese Dumheiten nichts anderes machen, als Gewalt gegen Gewalt setzen. Hinter diesen kommunistischen Bewegung liegt nicht allein Gewalt, sondern auch nationalsozialistische Gefinnung in intellektueller. Hier hilft nur positive Arbeit und nur diese kann verhindern, daß dieser gefährliche Geist sich weiter in den Köpfen, namentlich der Jugend, ausbreitet. Wir stehen vor den Landtagswahlen. Wir können in sie nicht anders eintreten, als indem wir an dem Grundgedanken

Pandora=Bücher.

Der rühmlichst bekannte Insel-Verlag ist vor kurzem wieder mit einem neuen Unternehmen hervorgetreten, das im Hinblick auf die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen das Buchgewerbe in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, nicht nur unser Staunen, sondern geradezu unsere Bewunderung herausfordert. Die unter dem Gesamttitel „Pandora“ erschienenen Editionen Inselae fügen ein neues Ruhmesblatt dem deutschen und geistigen Welt ein. Während Frankreich, das sich so gerne selbst das erste Kulturvolk der Welt nennt, in ohnmächtiger Wut gegen Deutschland schäumt, weil ihm seine rasende Vernichtungspolitik nicht ganz nach Wunsch geht, während noch die andern Nationen der Entente nur zaghaft nach einem deutschen Geistes- oder Kunstprodukt greifen, leistet man in Deutschland wieder höher-verbühnende Kulturarbeit. Die Pandorabücher — 40 an der Zahl — vereinen in sich eine feinstennde Auswahl unvergänglicher Werke aus der gesamten abendländischen Literatur. Es haben sich darin Engländer, Franzosen, Spanier, Italiener, Russen, Flamen, Deutsche und — Amerikaner (die im weiteren Sinne durch die Sprache dem abendländischen Kreis angehören) in schöner Eintracht zusammengefunden zu einem geistigen Völkerverbund, der nur ein Ziel kennt, die Veredelung menschlichen Fühlens und Denkens.*

Es liegen mir eine Reihe der uns schon so vertraut gewordenen Inselverlag-Bändchen aus der französischen, englischen und amerikanischen Literatur zur Besprechung vor. Da sind zunächst mal einige Dramen der drei größten französischen Bühnendichter: Pierre Corneille „Le Menteur“, Jean Racine „Athalie“ und Molière „Le Malade Imaginaire“, über deren Bedeutung wohl kein Wort verloren werden braucht. Sie haben ihren angestammten Platz in der französischen Klassik. François Villon, der Verbrecher auf dem Thron der Dichtkunst, hat Aufnahme gefunden mit „Le Testament“, einer parodistischen Zeitdichtung mit weltensagender Schwermut als Grundton. Villon ist wohl der einzige Dichter seiner Zeit (Mitte des 15. Jahrh.) am Eingang der modernen französischen Literatur. Er ist in Frankreich noch heute unvergessen, und auch bei uns durch mehrere Übertragungen (die beste ist die von R. L. Amer. Hyperion Verlag, Berlin) bekannt geworden. In der Ausgabe ist die altertümliche Schreibweise beibehalten, die natürlich dem sprachlich nicht historisch Geschulten zunächst

einige Schwierigkeiten machen wird. La Fontaine's „Fables“ dürfen nicht fehlen. Das Bändchen ist mit einigen Holzschnittbildern von Virgil Solis geschmückt und zeichnet sich aus durch Auswahl und Gruppierung, die so getroffen sind, daß sie die Menschen und Ideen seiner Zeit widerspiegeln. Dadurch wird das Vergnügen an der Lektüre wesentlich gesteigert. Der „Carmen“ nur von Bizets Oper her kennt, wird sich freuen, in Prosper Mérimée's Meisterrolle die heikeltig bewegte Handlung in ihrer originalen Fassung kennen zu lernen. Die Dichtung gehört zum Besten, was der romantische Roman hervorgebracht. In dem Bändchen „Les aventures de Calife Haroun-al-Raschid“ erzählt Galland drei Märchen aus „Tausend und eine Nacht“. Voltaire ist vertreten mit der orientalischen Erzählung „Zadig ou la Destinée“, Alfred de Musset mit zwei Novellen „Le fils du Titien“ und „Mimi Pinson“, Stendhal mit den abenteuerlichsten Geschichten „Vittoria Accoromboni“ und „Les Centi“ und Balzac ebenfalls mit zwei kurzen Proben seiner Erzählungskunst „Jesus-Christ en Flandre“ und „Le Chef-d'oeuvre inconnu“. Die letzte Nummer der Sammlung läßt noch den Namen Charles de Coster, den Dichter des „Gulenspiegel“, mit der Legende „Semete Smeete“ in französischer Sprache zu Wort kommen.

Die englische Dramatik ist mit zwei Werken vertreten: Lord Byron's „Marino Faliero“ und seines Freundes Shelley „The Cenci“. Beide Dramen sind der Bühne fremd geblieben, obwohl Shelleys Dichtung dank ihrer Bühnenkunst nicht mal einen Vergleich mit Shakespears zu scheuen braucht. Das Stück ist nur seines fürchterlichen Stoffes wegen nie aufgeführt worden. Byron's „Marino Faliero“, reich an erhabenen Stellen aber arm an dramatischem Leben, ist dagegen nur für ein geistiges Theater geschrieben. Aus dem Gebiet der Briefe wurden aufgenommen Schale's „Poems“ mit seinen 164 „Sonnets“, Milton mit „Minor Poems“, darunter die sprachlich musikalischen Stimmungsbilder „L'Allegro“ und „Il Penseroso“, Pope mit „The Rape of the Lock“, einer formelhaften Nichtigkeit, und, erfreulicher Weise, auch Elizabeth Barrett Browning, oft Englands größte Dichterin genannt, mit den „Sonnets from the Portuguese“. Diese angeblichen Sonette aus dem Portugiesischen sind in Wahrheit eigene Dichtungen voll tiefer Bewegung und vollendeter Form, die ihr die Liebe zum Gatten eingegeben. Aus der glänzenden Serie geistvoller Essays, woran die englische Literatur so reich wurde Macaulay's Essay on William Pitt“ gewählt, in dem uns die Persönlichkeit des großen Staatsmanns in greifbarer Lebendigkeit vor Augen gestellt wird. Der deutschen Leserschaft aufs innigste vertraut ist Dickens's phantastische Weis-

nachtsgeschichte „A Christmas Carol“, zu der John Leach sechs schlichte Illustrationen beigegezeichnet, aus denen ein behaglicher Humor leuchtet.

Von den Amerikanern muß zuerst Ralph W. Emerson mit seinem Erstlingswerk „On Nature“ (angehängt ist Goethe's Fragment „Natur“) genannt werden. Er gehört mit Carlyle und Ruskin zu den vornehmsten Gedankenschriftstellern englischer Sprache. Eine der wertvollsten dichterischen Leistungen der amerikanischen Literatur überhaupt ist Longfellow's „Evangeline“, in Deutschland durch viele Übersetzungen bekannt geworden. Köstliche Bilder aus dem englischen Leben enthält Washington Irving's „Christmas at Bracebridge Hall“. Und zum Schluß sei noch das Bändchen von Poe angeführt, der heute eine Weltruhmtheit genießt, wie kein anderer amerikanischer Schriftsteller. Es enthält unter andern das Gedicht „The Raven“, in dem die absolute Meisterung des Wortes eine fabelhafte Wirkung hervorruft. Vorangestellt ist ein kurzer Aufsatz „The Philosophy of Composition“, in dem uns der Dichter einen offenen Blick in die Werkstatt seines Schaffens tun läßt.

Reicht nur noch übrig zu sagen, daß Genauigkeit der Texte und Klarheit des Druckes dem Verlag wieder alle Ehre machen. Professor Hugo Koller.

Landestheater. Aus der Theaterkassette wird uns geschildert: Die Oper steht mitten in den Vorbereitungen zur zehnten Aufführung von Wagner's „Ring des Nibelungen“. Die Aufführungen beginnen am Sonntag, den 23. mit „Aheingold“ und werden am Sonntag, den 24. mit „Walküre“, am Donnerstag, den 27. mit „Siegfried“ und am Sonntag, den 1. Mai mit „Götterdämmerung“ fortgesetzt. Die musikalische Leitung liegt diesmal in den Händen des Operndirektor Coroleis. Eine teilweise Neubesezung findet statt und zwar wird im „Aheingold“ zum erstenmal Gertrud Leißiger die Frida singen. Die drei Aheingötter werden von den Damen Range-Baie, Gader-Thiersch und Könnenlamy dargestellt. In der Partie der Erda stellt sich Hildegard von Babed, eine geborene Karlsruherin, dem heftigen Publikum zum erstenmal in einer größeren Gesangsrolle vor. Die übrige Besetzung ist bekannt.

Der übrige Spielplan der laufenden Woche enthält eine Wiederholung von Gounod's „Margarete“ am Mittwoch, den 20. mit Frau Kott-Sajih in der Titelrolle und Herrn Schwerdt als Faust und eine solche von Koellges erfolgreicher Oper „François Villon“ am 22. Als nächste komische Oper befindet sich Adams „Postillon von Lonjumeau“ in Vorbereitung.

* Auch Tacitus Germania ist in der Sammlung enthalten.

unserer Partei festhalten und selbständig in den Wahlkampf ziehen, uns innerlich unabhängig fühlend von allen Beziehungen zu den übrigen Parteien. Unsere Anstrengungen und Opferwilligkeit, uns durchzusetzen, muß groß sein. In diesem neuen Landtag werden wir eine ganz bedeutende Stellung einnehmen, die wir erkennen, wenn wir nach Preußen blicken. Es wird auf die Dauer in Deutschland keine Regierung gebildet werden können, die an der demokratischen Partei achtlos vorübergeht. So wollen wir auf dem Wege sein, eingedenk des Wortes: „Es wird fernerhin kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischem Blut gefärbt ist.“

Politische Neuigkeiten. Ungeheuerliche Forderungen.

Die Reparationskommission wird in den wenigen Tagen bis zum ersten Mai die Gesamtschulden Deutschlands festsetzen. In der Vorbemerkung erklärt der Vorsitzende, daß die Entscheidung, die eine richterliche sei, „im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit“ getroffen würde. Sie sehe voraus, daß die Schuld Deutschlands, die es nach dem Friedensvertrage zu zahlen habe, „einwandfrei festgestellt“ sei.

Wie Recht wird man fragen, wie eine derartige Feststellung möglich sein soll, wenn ihre Unterlagen zu Grunde liegen, wie beispielsweise die von der rumänischen Regierung eingereichte Rechnung. Dieses Dokument hat folgenden Wortlaut: Es betragen die

1. Zivilpersonen verursachten Schäden 8 103 989 710 G. Fr.
 2. Provinzen und Gemeinden verursachten Schäden ca. 885 823 790 G. Fr.
 3. Dem Staate verursachten Schäden 8 838 189 568 G. Fr.
 4. Kriegsgefangenen infolge schlechter Behandlung zugefügte Schäden 3 536 782 979 G. Fr.
 5. Den militärischen Kriegsoffizieren zugebilligten Pensionen (Verstümmelten, Verwundeten, Invaliden, Waisen) G. Fr. 9 996 683 076.
 6. Ausgaben für Beihilfen an Kriegsgefangene und ihre Familien 2 812 584 Schweizer Franken; 7 598 036 französische Franken; 43 319 Pfund Sterling; 179 897 dänische Mähring; 2 570 ottomanische Pfund; 11 947 689 österreich. Mähring.
 7. Unterstützungen an Familien Mobilisierter 416 703 847 G. Fr. Total 61 099 400 188 G. Fr.
- Aus welchen Bestandteilen sich diese einzelnen Posten zusammensetzen und in welcher Weise dieser ungeheure Betrag errechnet wurde, ist aus der Anlage in keiner Weise zu entnehmen. Unübersichtlich ist in ihren Zahlen auch die Rechnung Österreichs.

Die Einführung der Sklaverei durch die Entente.

Nach dem „Echo du Rhin“ ist das Büro für Aus- und Einfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet von Köln nach Ems überlegt worden. Anträge von Firmen des besetzten Gebietes werden ab 20. April angenommen. Als Gebühren sind zu zahlen ein Tausendstel des Wertes für Einfuhr, und fünf Tausendstel des Wertes für Ausfuhr. Genehmigungsanträge, mindestens aber 2 M. An anderer Stelle behauptet das Blatt, daß in letzter Zeit mehrfach von Berlin Anweisungen für Verschungen von Beamten aus dem Rheinlande ergangen seien, die von den Alliierten mit der Erhebung der neuen Zölle beauftragt werden sollen. Die Rheinlandskommission hat daher eine außergewöhnliche Vorkehrungsmaßnahme ergriffen. In Zukunft werden keine Mitglieder der deutschen Zollverwaltung ihre jetzigen Amtsstellen ohne die besondere Genehmigung der obersten Kontrollbehörde verlassen dürfen, ohne sich strenger Strafen und Aburteilung durch das Kriegsericht aussetzen. Hierzu bemerkt das B. L. Z.: Die deutsche Regierung hat bereits in ihrer gestrigen Note in der schärfsten Weise gegen die zwangsweise Heranziehung deutscher Beamten protestiert. Die neue Verordnung enthält einen derartigen Eingriff in die persönliche Freiheit deutscher Beamter, daß man, ohne einen starken Ausdruck zu gebrauchen, von Verklaffung sprechen kann.

Noch über 40 000 Deutsche in Kriegsgefangenschaft.

Der dritte Delegiertentag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener der Provinzgruppe für Ostpreußen beschloß in seiner gestern abgehaltenen Tagung an den Reichspräsidenten Ebert, den Papst und den Vorsitzenden des Völkerbundes folgende Entschlüsse abzugeben:

Wir protestieren sowohl vom menschlichen als auch vom zivilisatorischen Standpunkt aus dagegen, daß wider Recht und Moral weiter über 40 000 Vaterlandsverteidiger in Ausland als Kriegsgefangene schmachten und wenden uns mit Entrüstung gegen die Schmach, daß Frankreich weiterhin über 100 Kameraden in Avignon festhält, darunter viele, die sich bei der Gelegenheit von Fluchtversuchen im Selbsthaltungstriebe geringe Verletzungen zu Schulden kommen ließen. Wir erkläre in diesem beispiellosen Verhalten der französischen Regierung einen Dolch auf den ehernen Grundfest der Gerechtigkeit.

Ferner wurde die Absendung eines Begrüßungsgrammes zur Vermittlung des Roten Kreuzes in Genf beschlossen.

Reichsminister Dr. Koch über die innerpolitische Lage.

Ein Mitarbeiter der „Neuen Bad. Landeszeitung“ hatte mit dem Reichsminister Dr. Koch anlässlich seines Aufenthaltes in Karlsruhe und Darmstadt eine Unterredung, in der der Minister u. a. erklärte: Ich habe in Karlsruhe und Darmstadt festgestellt können, wie besonnen und maßvoll die Regierungen dieser Länder urteilen und welches Verständnis sie den Maßnahmen entgegenbringen, mit denen die Reichsregierung den Schwierigkeiten zu begegnen sich bemüht.

Zum kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland erklärte der Minister: Die zur Unterdrückung des Aufstandes vom Minister Ebering getroffenen Maßnahmen sind kraftvoll und wohlüberlegt gewesen. Die Frage, ob Reichswehr oder Schutzpolizei einzusetzen war, sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Im großen und ganzen solle man sich auch hüten, die Reichswehr allzu häufig in innerpolitische Kämpfe zu verwickeln. Im übrigen lehne er jede Verantwortung der Reichsregierung ab. Es werde immer vergessen, daß Deutschland ein Bundesstaat ist, und namentlich die größeren Länder an der Selbständigkeit ihrer Verwaltung und ihrer Polizei mit großem Nachdruck festhalten.

Zur Frage der Umsturzbewegung erklärte der Minister: Wenn es der gegenwärtigen Staatsgenossenschaft nicht gelingt, solcher Linkshänder, die ihren Nährboden in der Verfallener unserer wirtschaftlichen Lebens haben, und der erneuten Erschütterungen mit Nachdruck Herr zu werden, so nimmt in diesen Kreisen der Verfallener der Ruf nach einem starken General oder Monarchen zu. Diese Gefahr ist unvermeidbar.

Die Gefahren, die von links drohen, sind politischer Art, die von rechts politischer. Besteht die Reichsregierung, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten, so wirkt sie damit auch am besten für die Aufrechterhaltung der deutschen Staatsform.

Neue Steuern und Tarifierhöhungen.

Dem Reichstag ist ein Überblick über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921 zugegangen. Danach schließt der ordentliche Haushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 469 945 202 051, d. i. gegen die Summe des Vorjahres einschließlich des noch zu erwartenden Nachtrags ein Mehr von 2 485 567 674 M. Einen Überschuss hat von der Betriebsverwaltung nur die Reichsdruckerei mit 3,2 Millionen erzielt. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung beansprucht einen Zuschuß von 2 345 582 630 M., die Reichseisenbahnen einen solchen von 9 228 834 100 M. Ferner werden durch die Erhöhung der Beamtengehälter, der Pensionen und der Arbeiterlöhne, noch etwa 2,5 Millionen zugezogen werden müssen. Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern bewegen sich auf fast allen Abgabebereichen in den letzten Monaten in steigender Richtung. Nur bei den Besitzsteuern sind infolge der Schwierigkeiten des Erhebungsgeschäftes große Ausfälle entstanden. Man hofft im Rechnungsjahr 1921 die Schwierigkeiten überwinden zu haben. Durch Verringerung des Beamtenkörpers und Verringerung von Sachausgaben werden Ersparnisse erwartet. Zur Deckung der im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Mehrausgaben sollen die bestehenden Steuern erhöht, neue Steuern eingeführt und die Eisenbahntarife erhöht werden. Beim außerordentlichen Haushalt werden 49 687 104 808 Mark (gegen 1920 10 867 946 231 weniger) angefordert.

Die Streiklage in England.

Die englischen Eisenbahner und Transportarbeiter haben eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie erklären, daß infolge der Verwirrung, die auf der Konferenz des Arbeiterdreibundes am Freitag herrschte, alle Hoffnung auf eine geschlossene Aktion des Dreibundes aufgegeben werden müsse. Als Grund für das Mislingen der Aktion wird die Erklärung der Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter angesehen, daß kaum 40 bis 50 Prozent der organisierten Arbeiter der Streikparole folgen würden.

In Cardiff haben die Bergarbeiter eine Resolution angenommen, in der sie die Haltung Sodges aufs entschiedenste verurteilen und seinen sofortigen Rücktritt fordern. In Glasgow werden heute verschiedene Protestversammlungen gegen den Verrat der Führer des Arbeiterdreibundes stattfinden. Die Notmaßnahmen, die die Regierung noch andauernd trifft, kosten das Land täglich 250 000 Pfund Sterling. Vor morgen an wird der Eisenbahnverkehr aufs neue eingeschränkt werden. Die Klassen verschiedener Grubenarbeitervereine sind leer, andere zahlen nur noch die Hälfte der Streiklöhne aus. Nach der „Daily News“ sind die Bergarbeiter verschiedener Kohlengebiete bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach dem politischen Korrespondenten der „Daily Mail“ erwartet man, daß das Ausfuhrverbot für Exportkohle einen ernstlichen Rückschlag auf die Beschäftigung bringe. Dazu macht sich das Kohlenbesitz auch ganz erheblich in der Industrie bemerkbar, was die Produktion ernstlich gefährdet.

Kurze polit. Nachrichten.

Zur Regierungsbildung in Preußen. Ministerpräsident Stegerwald setzte gestern seine Bemühungen, ein preussisches Kabinett zustande zu bringen, fort, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu gelangen. Die demokratische Fraktion trat gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammen und einige Blätter erhoffen eine Revision des bisherigen Standpunktes der Demokraten, die die Kabinettsbildung erleichtern würde.

Im preussischen Landtag kam es gelegentlich der Verhandlungen über den mitteldeutschen Kommunistaufstand zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Beisehung der Kaiserin Auguste Viktoria erfolgte gestern vormittag im antiken Tempel bei Potsdam im Beisein zahlreicher Trauergäste. Neben einer Anzahl naher Angehöriger waren auch die ehemaligen Fürstenhäuser, die frühere Generallität, die Reichswehr, eine lange Reihe von Deputierten von ehemaligen Regimentern, von Vereinen und Organisationen erschienen. Die Trauerfeier wurde eröffnet durch den Gesang des Liedes „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“. Der Sopran sang eine Strophe des Liedes „Christus, er ist mein Leben“. Die Gemeinde sang „Jesus meine Zuversicht“. Darauf folgte Gebet und Schriftverlesung des Oberhofpredigers von Dröbner. Nach Vaterunser und Segen beschloß der Domchor die feierliche Feier mit dem Lied „Es ist ein Ruhetag vorhanden“.

Paul Levi hat in einem Schreiben an die Zentrale der B. K. P. D. Verurteilung gegen seinen Ausschluß eingeleitet. In der „Noten-Zeitung“ erklärten sich Brach, Däumig, C. Geyer, W. Hoffmann und Maxa Bekkin mit Levi solidarisch.

Mangelhafte Schulbildung. Briefe, auf deren Rückseite die Absenderadresse deutlich geschrieben ist, werden in Prag zurückgestellt. Besonders wird bei eingeschriebenen Briefen, auf denen neben dem Namen des Absenders „Prag“ und die deutschen Straßennennungen stehen, die Annahme verweigert. Die Postbeamten verlangen, daß entweder tschechisch „Praha“ oder französisch „Prague“ geschrieben wird.

Badische Uebersicht. Die badischen Staatsjagden.

PA. In weiten Kreisen der Bevölkerung hat man sich wiederholt und eingehend mit der Frage der badischen Staatsjagden beschäftigt. Die Angelegenheit ist auch vor kurzem im Haushaltsausschuß des Landtags bei Beratung des 2. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1920 Gegenstand eingehender Erörterung gewesen, wobei der Gesundheitsausschuß mit Annahme eines Mitglieds dem von der Regierung vertretenen und begründeten Standpunkt beigetreten ist, wonach die selbstverwalteten Staatsjagden in ihrem derzeitigen Umfang beibehalten werden sollen. Dem aus der Mitte des Haushaltsausschusses gedehnten Wunsch, kleinere Jagdgebiete, die sich zu einer pflichtmäßigen Jagdausübung weniger gut eignen, künftig möglichst zu verpachten, ist Erfüllung in Aussicht gestellt und in einigen Fällen durch Abstoßen kleiner Flächen bereits Rechnung getragen worden. Die gesamte staatliche Jagdläche beträgt 102 000 Hektar; hiervon werden rund ein Drittel (35 000 Hektar) durch 40 Forstämter vom Staat selbst verwaltet.

Ausgegeben für die Stellungnahme der Regierung war die Erwägung, daß den staatlichen Forstbeamten wie in anderen Ländern, so auch in Baden Gelegenheit gegeben werden müsse, sich durch amtliche Betätigung auch im praktischen Jagdbetriebe auszubilden und das praktisch Erlernte sodann durch die Gelegenheit einer ständigen Jagdausübung festzuhalten.

Da die Aneignung lediglich theoretischer Kenntnisse im Jagdwesen für die Erfüllung der den Forstbeamten obliegenden Aufgaben nicht ausreichend erscheint. Der Wald und das im Wald lebende Wild gehören zusammen. Das Wild vermag unter Umständen im Walde großen Schaden anzurichten, ja selbst die Verjüngung der Bestände ungünstig zu beeinflussen. Der Forstwirt, der seinen Wald richtig bewirtschaften will, muß also auch mit dem Leben und den Gewohnheiten des Wildes genau vertraut sein und den Jagdbetrieb verstehen, zum mindesten in der Lage sein, auf dessen Gestaltung jederzeit auch bei verpachteten Jagden in dem Sinne Einfluß zu gewinnen, daß das überwiegende Interesse der Forstwirtschaft durch die übermäßige Wildbege keine unangemessene Beeinträchtigung erleidet.

In einer richtigen Jagdausübung der staatlichen Forstbeamten haben sodann aber auch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden ein erhebliches Interesse, da die staatlichen Forstbeamten in erster Linie dazu berufen sind, unparteiisch und objektiv richtige Gutachten jagdtechnischer und jagdpolizeilicher Art abzugeben. Ohne genügende jagdliche Erfahrung vermögen aber die Forstbeamten des Bezirksdienstes und der Zentralverwaltung dieser Aufgabe nicht gerecht zu werden.

Es verdient hierbei auch Erwähnung, daß die staatlichen selbstverwalteten Jagden bei den hohen Wildpreisen gegenwärtig auf der Flächeneinheit durchschnittlich einen höheren Reinertrag abwerfen, als die öffentlich verpachteten Staatsjagden.

Badisches Statistisches Landesamt.

Zusammenstellung der in Baden von den Baukontrolluren anlässlich der Robbaurevisionen im 1. Halbjahr des Baujahres 1920/21 erstatteten Meldungen über neugebaute Wohnungen.

Monate, Landeskommissarbezirke und Städte	Rezenthandene Gebäude u. Gebäudeteile		Rezenthandene Wohnungen				Wohnung an Wohnstätten mit dem städtischen Bauplan
	Durch	überhaupt	Damen		in Baukostenmäßig oder Baubereiten des Reiches, des Landes oder der Gemeinden	ausserdem benutzte	
			mit 4 bis 3 Zimmer	mit 2 bis 1 Zimmer			

1. In den einzelnen Monaten (überhaupt).							
Oktober 1920	212	59	438	318	120	217	38
November	129	76	409	305	104	149	48
Dezember	295	76	756	623	133	291	2
Januar 1921	70	40	202	168	34	89	5
Februar	93	26	259	215	44	102	2
März	130	34	314	247	67	109	27
Im ganzen	929	311	2378	1876	502	957	84
Dagegen im 1. Halbjahr des Baujahres 1919/20	658	238	1465	1124	341	717	34

2. In den Landeskommissarbezirken.							
Konstanz	85	49	280	212	68	82	1
Freiburg	203	55	446	361	85	208	14
Karlsruhe	288	65	611	509	102	246	46
Mannheim	353	142	1041	794	247	421	61

3. In den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern.							
Baden	8	4	13	5	8	6	1
Bruchsal	15	—	32	26	6	32	—
Durlach	—	1	25	25	—	25	—
Freiburg	78	3	88	81	7	68	1
Heidelberg	84	9	168	82	86	93	46
Karlsruhe	98	33	165	141	24	100	24
Konstanz	2	—	3	1	2	—	2
Lahr	—	17	52	47	5	41	—
Röhrich	17	3	38	38	—	24	—
Mannheim	136	72	512	467	45	214	—
Offenburg	—	3	3	2	1	—	—
Pforzheim	39	2	66	48	18	39	—
Rastatt	—	1	58	56	2	—	—
Singen a. S.	—	—	—	—	—	—	—
Willingen	17	1	50	43	7	20	—
Weinheim	6	2	14	2	12	—	—

Meldungen über Baukostenzuschüsse und Baudarlehen des Reiches usw. waren noch nicht zu machen.

Die Maul- und Klauenseuche im Monat März 1921.

St. L. A. Nach den Seuchenberichten der Bezirkstierärzte ist die Maul- und Klauenseuche in unserm Land im Laufe des Monats März in 33 Gemeinden und 969 Ställen mit einem Bestande von 4576 Stück Rindvieh, 1461 Schweinen, 622 Ziegen und 54 Schafen neu aufgetreten, dagegen in 123 Gemeinden und 1717 Ställen erloschen. An der Seuche wurden als neu erkrankt gemeldet: 4893 Stück Rindvieh, 543 Schweine, 587 Ziegen und 54 Schafe, wovon 51 Stück Rindvieh, 5 Schweine und 73 Ziegen umkamen und 222 Stück Rindvieh, 97 Schweine und 160 Ziegen freiwillig getötet wurden. Am Monatsende blieben noch in 65 Gemeinden 219 Ställe mit einem Bestande von 1476 Stück Rindvieh, 516 Schweinen und 54 Schafen verseucht.

Aus der Landeshauptstadt.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 14. April. Produktive Erwerbslosenfürsorge. Gemäß einem Abkommen zwischen der Stadtgemeinde und der Maschinenbaugesellschaft soll als Maßnahme zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Teil des tiefliegenden Geländes östlich der Daxlander Straße im Bereiche der bei der künftigen Erweiterung des Westbahnhofes zu erstellenden Straßenerweiterung mit Material aus dem Anwesen der Maschinenbaugesellschaft aufgeschüttet werden.

Mietzinsberechnungsbureau. Beim Mietzinsamt ist ein besonderes Bureau eingerichtet worden, in dem Anträge auf Mietzinsfeststellung zunächst rein rechnerisch vorbehandelt werden unter Mitteilung des Ergebnisses der Berechnung an die Beteiligten. Der Zweck dieser Einrichtung ist, in möglichst vielen Fällen die Verständigung der Parteien ohne Einschaltung des Einigungsamtes selbst zu ermöglichen.

Das Schwurgericht verurteilte vorgestern die 20jährige Ehefrau Margareta Komollik, geborene Reuche, aus Berlin und die Ehefrau Marie Gelau, geborene Komollik, aus Breslau, wegen Totschlags zu je 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die beiden Frauen hatten sich am 23. November in Baden-Baden in Männerkleidung gekleidet und die Stiefmutter der Komollik, die Witwe Elise Reuche, überfallen, erdrosselt und die Leiche an der Türschwelle aufgehängt. Wahrscheinlich geschah das Verbrechen, um sich in den Besitz des Vermögens der Witwe Reuche zu setzen, vielleicht aber auch aus Rache.

An die Verlobten u. deren Eltern

richte ich die Bitte, im eigensten Interesse, vor Einkauf der Einrichtung meine vielen, in den Musterzimmern übersichtlich zusammengestellten Einrichtungen zu besichtigen, die hinsichtlich Formenschönheit, Qualität und Preis, ein imponantes Dokument meiner Leistungsfähigkeit bilden.

„Wohnungskunst“ D. Reis

früher W. Gastelsche Lokalitäten, Ritterstraße 8, neben Warenhaus Tietz.

Pianos Flügel Harmoniums

zu billigsten Preisen
Für Beamte und sonstige solvente Käufer erleichterte Zahlungsweise
empfiehlt R. 125

H. Maurer

Karlsruhe i. B.
Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstraße

Verlangen Sie überall



RIEMPP

fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen
offen u. abgepackt

Mischung

mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz

beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete.



Sie erhalten Qualität!

Kaufe und verkaufe

fortwährend getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmasch., Kinderwagen usw. Gefl. Angeb. erb.
R. 3
An- u. Verkaufsgeschäft, Tel. 3747
Weintraubs 52 Kronenstr. 52.

Deutsche Teppiche

mit Persermuster
— in allen Größen —
nur erste Qualitäten
zu billigsten Preisen

Teppich - Haus Carl Kaufmann

Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 157, 1. St.
R. 108

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 20. April, 6-10 Uhr. Mk. 20.-

Margarete.

Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Nähmaschinen staunend billig. Händler extra Rabatt.

Fahrradindustrie Karlsruhe

Christian Rungmann R. 72
Karlruhe i. B. Jähringerstraße 37

Alleinstehende korrekte Geschäftsdame sucht (a. 14) Kaffee mit Konditorei oder besseres Weinrestaurant in Pacht zu übernehmen. Offerten an Wwe. Kiefer, 3 St. Markdorf (Baden).

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit. R. 817.2.1. Karlsruhe. Die Kaufmann Max Wedel Ehefrau, Emma, geb. Kiefer zu Freiburg i. Br., Kaiserstraße 103, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hasenfranz hier, klagt gegen ihren ge-

bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 15. April 1921. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Verf. Bekanntmachungen

Stammholzversteigerung des Forstamts Emmendingen am Donnerstag, den 28. April d. J., früh 9 Uhr, im Schwarzwälderhof in Emmendingen aus den Domänen-Gebirgs-waldungen: 31 Eichen = 17,43 Hftm., 22 Eichen = 9,51 Hftm., 2 Kirschen = 1,48 Hftm., 11 Buchen = 9,12 Hftm., 64 Nadelholz-Stämme und Abhännte = 36,23 Hftm. Losversteigerung unentgeltlich, Stammlisten gegen Schreibgebühr durch das Forstamt. R. 882

la Sandalen

Nr. 27/30 Mark 47.50
Nr. 31/35 Mark 52.50
Damen Mark 58.50
Herren Mark 63.50

L. Neubert

Kaiserstraße 118.
R. 144

Badische Bank.

Der Tagesordnung für die Generalversammlung am 3. Mai 1921 wird als Punkt 4 angefügt: R. 146
Aufsichtsratswahl.
Mannheim, 19. April 1921.
Der Vorstand:
Bsch. Bäder.

Maschinenfabrik Badenia

normals Wm. Plaz 6öhne, A. G.
Vermögensübersicht am 31. Dezember 1920.

Vermögen.	„	„	Verpflichtungen.	„	„
Gelände	1372411.29		Aktienkapital	4 000 000	
Gebäude	11425.-		4% Schuldverschreibungen	411 000	
Abgang	1360986.29		5% laufende Zinscheine	8 200	
	19714.86		Vorauszahllicher Unfallversicherungsbeitrag 1920	18 041	
Abfchreibung	1341271.43	1 752 097 81	Forderung unferer Lieferer und sonstiger (einschl. Bankschuld)	25 000	
Neuanfchaffung	410826.38		Satzungsmäßige Rücklage einschl. Sonderrücklage	14 421 538 88	
Einzahlung	18.-	547 203 02	Rücklage für Gewinnanteile u. besondere Zwecke	929 325 45	
Neuanfchaffung	547187.02	2 5190 80	Rücklage für etwaige Verluste	541 287 30	
Weschel		67 171 53	Ausstellungen der Angestellten und Arbeiter	250 707 68	
Barbestand, Guthaben b. d. Reichsbank u. Scheckamt		2 099 556 48	Ausstehende Gewinnanteilscheine	4 450.-	
Guthaben bei den Abnehmern		19 038 70	Waus-Stiftung	11 149 50	
Vorausbezahlte Feuerversicherungsbeiträge		177 023 50	Beamten-Ruhegehälter	94 681 42	
Wertpapiere		1	Verfügungsgelder	5 290.-	
Schuldverschreibungen		5 700.-	Außerordentliche Steuer-rücklage	200 000.-	
Borrate an Rohstoffen, Hilfsstoffen, fertigen und halbfertigen Erzeugnissen, u. Futtermitteln		22 214 796 44	Gewinn-Vortrag	11 7078 76	
Wertpapiere Paul Baus-Stiftung		10 000.-	Reingewinn	1 629512 76	1 746 591 52
		26 917 779 28			26 917 779 28

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Aufwand.	„	„	Ertrag.	„	„
Abfchreibungen	19 714 86		Gewinn-Vortrag	117 078 76	
Zinsen	16870.-		Reingewinn	5 554 387 21	
Weschel u. Buchsinsen	492952 76	509 622 76			
Handlungs-Ankosten	3 209 628 08				
Alters- u. Invalid-Versicherung	18 777 35				
Krankenkasse	91 658 60				
Unfallversicherung	37 461 50				
Verbrauch an Futtermitteln	38 011 30				
Reingewinn	1 746 591 52	5 671 465 97			

Zufolge Beschlusses der Generalversammlung vom 16. ds. Mts. werden die Dividendscheine Nr. 1 unserer alten Aktien und die Dividendscheine Nr. 10 unserer jungen Aktien mit je A 150.- abzüglich 10% Kapitalertragssteuer bei den Bankhäusern

Rheinische Creditbank Mannheim und deren Zweigniederlassungen, **Wälzische Bank, Ludwigshafen a. Rh.** und deren übrigen Niederlassungen, sowie bei der **Gesellschaftskasse in Weinheim**

unter Vorlage des mit dem Bestätigungsvermerk des zuständigen Finanzamts versehenen Verzeichnisses der Wertpapiere (§ 3 der Verordnung vom 24. Oktober 1919) eingelöst.

Weinheim i. S., den 18. April 1921.
Der Aufsichtsrat:
Hob. Nicolai. R. 148
B. Plaz. A. v. Arndt. S. Honold.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Gernsbach. B. 857
Güterrechtsregister eintrag Band I, Seite 402.
Goldstein, Richard, Mechaniker, und Emma geb. Schäfer in Gernsbach.
Vertrag vom 31. März 1921. Erungenschaftsgemeinschaft des B. G. B. Das in § 2 beschriebene Einbringen und alles was die Frau unentgeltlich erwirbt ist als ihr Vorbehaltsgut erklärt.
Gernsbach, 12. April 1921. Amtsgericht.

Heidelberg. B. 808
Güterrechtsregister eintrag Band VI:
Seite 438: Holzsch, Heinrich, Schneidermeister in Rühlsh., und Verta geb. Gerle. Vertrag vom 15. März 1911. Gütertrennung unter Ausschluss der Rechtsvermutung des § 1429 B. G. B.
Seite 439: Helling, August, Kaufmann in Heidelberg, und Anna Victoria geb. Altmann. Vertrag vom 23. September 1920. Erungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut.
Heidelberg, 13. April 1921. Amtsgericht 5.

Konstanz. B. 742
Güterrechtsregister eintrag Band II Seite 283: Schulze, Hermann, Fabrikarbeiter in Konstanz, und Katharina geb. Schultes. Vertrag vom 5. April 1921: Gütertrennung.
Konstanz, 11. April 1921. Bad. Amtsgericht 1.

Mannheim. B. 743
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
Seite 301: Wilhelm Stof, Wit, und Gertrud geb. Berger in Mannheim. Vertrag vom 11. März 1921. Erungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist sowohl ihr gegenwärtiges Vermögen (§ 2), als auch alles, was sie in Zukunft von Todes wegen oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Ausstattung erwirbt.
Seite 302: Georg Michael Schwarz, Lokomotivführer, und Katharina geb. Hanselmann in Mannheim. Vertrag vom 17. März 1921. Erungenschaftsgemeinschaft.
Seite 303: Siegfried Schreiber, Kaufmann, und Helmine geb. Scheidt in Mannheim. Vertrag vom 19. März 1921. Gütertrennung.
Seite 304: Adam Gohfried, Bahnpolizeibeamter, und Margareta geb. Schleich in Mannheim. Vertrag vom 23. März 1921. Gütertrennung.
Seite 305: Peter Schmitt Kaufmann, und Margareta geb. Schornegg in Ladenburg. Vertrag vom 1. April 1921. Gütertrennung.
Seite 306: Curt Hef, Kaufmann, und Gertrud geb. Stehle in Mannheim. Vertrag vom 2. April 1921. Gütertrennung.
Seite 307: Ludwig Thiele, Drogist, und Fernande geb. Dreifus in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B. G. B. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Mannheim, 9. April 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Mannheim. B. 815
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
Seite 308: Johann Georg Blüger, Wit, und Christina geb. Kubnie in Mannheim. Vertrag vom 17. März 1921. Erungenschaftsgemeinschaft.
Seite 309: Ernst Weiser, Unterlehrer, und Johanna geb. Vierling in Mannheim. Durch Vertrag vom 21. März 1921 wurde das in § 1 beschriebene Einbringen der Frau, sowie alles Vermögen, das von ihr während der Ehe durch Erbschaft, Schenkung, Übergabe, oder sonst wie erworben wird, als Vorbehaltsgut der Frau erklärt.
Mannheim, 16. April 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Rosbach. B. 744
Zum Güterrechtsregister Band II, Seite 55, ist eingetragen worden: Frohmüller, Karl Heinrich, Schiffer in Redarzimern, und Friederike Eba Wenner. Vertrag vom 23. März 1921. Gütertrennung.
Rosbach, 7. April 1921. Bad. Amtsgericht.

Rosbach. B. 745
Zum Güterrechtsregister Bd. II S. 54 wurde eingetragen: Strauß, Konrad, Schreinermeister in Rosbach, und Nina geb. Hofmann. Vertrag vom 15. März 1921. Gütertrennung.
Rosbach, 7. April 1921. Bad. Amtsgericht.

Offenburg. B. 809
Güterrechtsregister eintrag Bd. II S. 442:
Hartwig Wötter, Kaufmann in Offenburg, und Emma Wötter geb. Dörich. Vertrag vom 12. März 1921. Erungenschaftsgemeinschaft gemäß § 1519 ff. B. G. B. Das eingebrachte Gut der Ehefrau und alles Vermögen, welches ihr künftig durch Erbschaft, als Vermächtnis oder Pflichtteil oder durch Schenkung unter Lebenden zufällt, ist zum Vorbehaltsgut erklärt.
Offenburg, 15. April 1921. Amtsgericht.

Offenburg. B. 810
Güterrechtsregister eintrag Bd. II S. 443:
Heinrich Wöschert, Bauarbeiter in Goldschwert, und Regina Wöschert geborene Schäfer.
Der Ehemann hat das Recht der Ehefrau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Offenburg, 15. April 1921. Amtsgericht.

Pforzheim. B. 778
Güterrechtsregister - Eintrag. Seif, Heinrich, Kaufmann zu Pforzheim, und Marie geb. Schwarzkopf. Vertrag vom 4. April 1921. Gütertrennung.
Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. B. 779
Güterrechtsregister - Eintrag. Grentsch, Wilhelm, Metzger zu Pforzheim, und Rosa geb. Trudies. Vertrag vom 30. März 1921. Gütertrennung.
Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. B. 858
Güterrechtsregister - Einträge:
1. Obergerber, Jakob Sigmund, Kellner zu Pforzheim-Budenberg, und Caroline Friederike geb. Senig.

Ausfchließung der Verwaltung und Nutzung des Mannes.
2. Girsbach, Gottlob August, Fasser zu Gutingen, und Katharina geb. Hoffäh. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.
Amtsgericht Pforzheim.

Schwetzingen. B. 859
Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 371: Schneider, Max, Kaufmann in Schwetzingen, und Verta geb. Ehrlicher. Vertrag vom 30. März 1921. Gütertrennung.
Schwetzingen, 18. April 1921. Amtsgericht 2.

Stodach. B. 746
Güterrechtsregister - Eintrag Bd. I S. 221:
Höf, Otto, Buchhalter in Hoppetzell, und Pauline geb. Auer. Vertrag vom 8. März 1921: Erungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Ehefrau ist in § 3 des Vertrags näher beschrieben.
Stodach, 9. April 1921. Bad. Amtsgericht.

Waldbühel. B. 780
Güterrechtsregister - Eintrag Band I Seite 17:
Adolf Albrecht, Konditormeister, und Paula geb. Ved in Waldbühel. Vertrag vom 1. April 1921. Erungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
Waldbühel, 7. April 1921. Amtsgericht 1.

Bertheim. B. 860
Güterrechtsregister - Eintrag Band II Seite 54:
Schlöffer Arnold Wäth in Grünentwört, und Margaretha Wäth geb. Albert alda. Vertrag vom 13. April 1921. Erungenschaftsgemeinschaft gemäß § 1519 ff. B. G. B.
Bertheim, 15. April 1921. Amtsgericht.

Bereins-Register.
Pforzheim. B. 861
Bereinsregister - Eintrag. Vereinigung Pforzheimer Coelsteinhändler & Schleferien in Pforzheim.
Amtsgericht Pforzheim.